Im Golfemirat Katar fanden in diesen Tagen abermals Gespräche zwischen den afghanischen Taliban und den Amerikanern statt. Das angebliche Ziel: Ein Ende des Krieges. Mittlerweile sind sich tatsächlich viele Beobachter einig, dass Washington kriegsmüde geworden ist. Doch dennoch sollte man sich folgende Frage stellen: Warum sollte man ausgerechnet jenen trauen, die diesen Krieg angezettelt haben und ihn permanent eskalieren ließen? Von **Emran Feroz**.

Doha, die Hauptstadt Katars, ist seit mehreren Monaten zum Zentrum jener Friedensverhandlungen geworden, die ein Ende des Afghanistan-Krieges herbeiführen sollen. Mittlerweile fanden ganze sieben Verhandlungsrunden zwischen den amerikanischen Unterhändlern und den Taliban statt. Hinzu kam ein sogenannter intra-afghanischer Dialog, der nach langwierigen Komplikationen endlich in der vergangenen Woche stattfand und sich – wie der Name bereits sagt – auf die Versöhnung von innerafghanischen Akteuren fokussierte.

Was in diesem Kontext von vielen Menschen in Afghanistan und anderswo als zynisch betrachtet wird, ist die Tatsache, dass sowohl das US-Militär und die afghanische Armee als auch die Taliban ihre Operationen fortsetzten und dabei – wie gewohnt – Zivilisten nicht verschonen. Während in Doha diniert und Tee getrunken wurde, wurden in der Provinz Ghazni zahlreiche Menschen, darunter auch Schulkinder, Opfer eines Taliban-Anschlages. Hinzu kamen mehrere Luftangriffe der Amerikaner, darunter etwa ein Drohnenangriff in der Provinz Baghlan, der sieben Mitgliedern einer Familie das Leben kostete, sowie ein Angriff auf ein Krankenhaus in der Provinz Wardak, bei dem ausschließlich Zivilisten getötet wurden.

Vor allem elitäre Afghanen aus der Kabuler Blase, die sich seit 2001 an einen gewissen Lebensstil und die damit verbundenen Privilegien gewöhnt haben, und einige westliche Beobachter hinterfragen die Rolle sowie die tatsächlichen Absichten der Taliban in diesen Verhandlungen. Dies ist alles andere als verwunderlich, und auch die Gründe hierfür dürften klar sein, da sie seit über zwanzig Jahren regelmäßig erwähnt werden. Mal ist von „Steinzeit-Islam“ die Rede, mal von den „bärtigen Barbaren“, die bald abermals allen „westlichen Errungenschaften“ im urbanen Afghanistan den Garaus machen werden.

Umso weniger werden jene kritisch hinterfragt, die den ganzen Krieg am Hindukusch nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 angezettelt haben, und dies waren trotz allem nicht die Taliban, sondern das Kriegsregime von George W. Bush. Und tatsächlich ist es wie folgt: Wer sich an die damaligen Tage erinnern kann, wird umso mehr zum Schluss kommen, wie beachtenswert die gegenwärtigen Verhandlungen in Doha sind. Die einstigen „Terroristen“ sitzen nun nämlich mit dem mächtigen „Imperium“ am gleichen

Verhandlungstisch – und zwar auf derselben Augenhöhe. Unter der Taliban-Delegation befinden sich auch Männer wie Khairullah Khairkhwa, Teil der sogenannten „Guantanamo Five“, die im Zuge des Bergdahl-Deals vor wenigen Jahren aus der Folterhölle in Kuba entlassen worden sind.

All diese Umstände machen jene unbequeme Realität deutlich, die teils immer noch verdrängt wird: Nach fast zwei Jahrzehnten haben die USA sowie die westliche Welt den Krieg in Afghanistan, jenen Krieg, in dem auch „unsere Freiheit verteidigt wird“, mit Pauken und Trompeten verloren.

So gut wie alle Zahlen, die in Monats- und Jahrestakten von verschiedenen Regierungen und NGOs gesammelt werden, könnten gar nicht schlechter sein. Dies betrifft alle möglichen Bereiche, ob nun Kindersterblichkeit, Analphabetenrate, Wasserversorgungen, die Verbreitung von Krankheiten, die Anzahl ziviler Opfer, den Opiumanbau und die immense Anzahl der Drogenabhängigen oder Frauen- und Menschenrechte im Allgemeinen. Afghanistan schneidet nirgends gut ab.

Ein US-afghanischer Neocon zieht die Fäden

Eine große Mitverantwortung hierfür haben jene – wie kann es auch anders sein? – die dem Land „Demokratie und Freiheit“ bringen wollten. Ein Beispiel hierfür ist etwa Zalmay Khalilzad, der gegenwärtige US-Chefunterhändler in Doha. Khalilzad hat afghanische Wurzeln und beeinflusst die US-Politik in Afghanistan seit Jahrzehnten. Bereits in den 1980er Jahren war er im Weißen Haus unter anderem als Dolmetscher tätig, als der damalige US-Präsident Ronald Reagan die Anführer verschiedener Mudschaheddin-Gruppierungen, die gegen das damals kommunistische Regime in Kabul und die Rote Armee kämpften, empfing. In diesem Kontext war es alles andere als ein Zufall, dass Khalilzad in den damaligen Jahren eng mit Zbigniew Brzezinski, einem der führenden Architekten der US-Außenpolitik im 20. Jahrhundert, zusammenarbeitete.

Spätestens Anfang der 2000er Jahre mit Beginn des Irak- sowie Afghanistan-Krieges widmete sich der rechte Republikaner Khalilzad voll dem Interesse der amerikanischen Kriegselite. In den ersten Jahren der Militärbesatzungen war der US-Afghane in Kabul und später auch in Bagdad sowie bei der UN als Botschafter tätig. In dieser Zeit beeinflusste Khalilzad den Krieg in beiden Ländern und ließ ihn – in klassisch neokonservativer Manier – eskalieren. Bereits Ende der 90er Jahre plädierte Khalilzad gemeinsam mit anderen führenden US-Neokonservativen für einen Sturz des Regimes von Saddam Hussein. Damals war Khalilzad Direktor der Denkfabrik RAND, die zu einem wichtigen Pfeiler des industriellen Militärkomplexes in Washington gehört. Seine Funktion bei RAND soll

Khalilzad unter anderem benutzt haben, um von weiblichen Angestellten sexuelle Gefälligkeiten zu verlangen, wie im vergangenen Jahr publik wurde. Cheryl Benard, Khalilzads Ehefrau, ist bis heute bei RAND tätig und gilt unter Kritikern vor allem als „imperialistische Feministin", die weiterhin an der Mär von der westlichen Frauenbefreiung am Hindukusch strickt. (Hier etwa ein lesenswerter Beitrag von der Deutsch-Afghanin Moshtari Hilal.)

Hinzu kommt, dass Khalilzad in den letzten Jahren auch in der innerafghanischen Politik immer mehr in den Vordergrund geriet, sodass manche gar mutmaßten, er würde sich selbst als Präsidentschaftskandidat aufstellen lassen, um offiziell das Ruder zu übernehmen. Viele Afghanen beobachteten dies mit großer Skepsis. Sie sahen in Khalilzad nämlich in erster Linie einen Amerikaner. Dies tut Khalilzad übrigens auch selber. Verschiedenen Anekdoten zufolge soll er nach seiner Einbürgerung sowie nach seinem Aufstieg in der US-Politik mehrfach gesagt haben, dass er als Amerikaner in erster Linie im Interesse der USA handelt wird. Afghanen, Iraker und andere Opfer von US-Kriegen sind demnach nur Menschen zweiter Klasse, deren Interessen kaum von Belang sein dürften.

Genau aus diesem Grund wird Khalilzads gegenwärtiges Handeln in den Friedensgesprächen mit viel Argwohn verfolgt. Hinzu kommt natürlich noch die Tatsache, dass er als Sondergesandter nicht irgendeiner US-Administration dient, sondern dem brutalen Trump-Regime, welches von Frieden in Afghanistan schwadroniert, während es etwa 2017 die „Mutter aller Bomben" über das Land abwarf und 2018 so viel am Hindukusch bombardierte wie noch nie zuvor.

Gekommen, um zu bleiben?

Das Problem ist allerdings nicht nur ein Zalmay Khalilzad oder ein Donald Trump, sondern das Wesen der US-Außenpolitik im Allgemeinen. Bereits vor Jahren meinte Waheed Mozhdah, ein afghanischer Analyst aus Kabul, dass die Amerikaner gekommen sind, um zu bleiben. Mozhdah bezog sich in diesem Kontext vor allem auf die massiven Militäranlagen des US-Militärs, die seit Ende 2001 im Land errichtet wurden. Die Errichtung dieser Anlagen dient natürlich nicht nur der Bekämpfung von lokalen Aufständischen, sondern auch der geostrategischen Positionierung gegen Mächte wie Iran, China und Russland. Selbst ein Frieden mit den Taliban würde noch lange kein Ende des amerikanischen Exzeptionalismus bedeuten, der Washington stets im Wettbewerb sieht und ebenjene Staaten als stetige Bedrohung betrachtet.

Ähnlich verhält es sich auch mit dem sogenannten Krieg den Terror. In den sieben Verhandlungen mit den Taliban haben die USA nämlich mehrmals deutlich gemacht, dass

sie an ihrem grundsätzlichen Narrativ („Wir müssen uns vor bösen Terroristen schützen.“) nicht rütteln werden. Die Taliban müssen Washington etwa in diesem Kontext garantieren, dass keine Terroranschläge gegen die USA von afghanischem Territorium aus geplant werden.

Die eigene Gewalt, etwa brutale Drohnenangriffe oder CIA-Todesschwadronen, wird natürlich in keinster Form als Terrorismus betrachtet, und es gibt auch keine Garantie, dass diese nach einem Deal aufhören wird. Ein Beispiel hierfür ist etwa die Präsenz und Aktivität der Khost Protection Force (KPF), einer afghanischen CIA-Miliz im Osten Afghanistans. Die KPF begeht seit Jahren brutale Menschenrechtsverbrechen. Sie entführt, tötet und foltert afghanische Zivilisten, und sie ist unkontrollierbar. Lediglich die CIA, die die Miliz gegründet hat und bis heute ausbildet, verfügt über die Befehlsgewalt. Ob die CIA sich allerdings aus Afghanistan zurückziehen wird, steht in den Sternen. Gegenwärtig steht lediglich ein Abzug der Truppen des US-Militärs im Raum. Die Geschichte – egal ob in Südamerika, im Nahen Osten oder in Asien – hat immer wieder gezeigt, dass der Geheimdienst stets sein eigenes Süppchen gekocht hat. Es liegt auf der Hand, dass dies auch in Afghanistan so bleiben wird.

Titelbild: FreshStock/shutterstock.com